

# Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 30. November 1905.

№ 138.

## Für den Monat Dezember

nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements auf den „Corr.“ zum Preise von 22 Pf. entgegen. Unsere Leser und Freunde wollen die Nichtabonnenten auf vorstehendes aufmerksam machen.

## Ein ernstes Kapitel.

Es gibt Dinge und Vorgänge in unserm Gewerbe, die entweder die Prinzipalität oder die Gehilfenschaft intimer berühren, aber schließlich geht es doch beide Teile an, weil das Gewerbe ein kompaktes Gebiet darstellt, das in seinem Rahmen alle bewegendes Kräfte umschließt, und weil der Aufstieg oder der Niedergang der gewerblichen Zustände Prinzipale wie Gehilfen gleichmäßig trifft. Den einen mehr, den andern weniger, aber fühlbar werden beiden Teilen die Erscheinungen, Veränderungen, Verbesserungen oder Verschlechterungen der gewerblichen Verhältnisse.

Das ist zwar eine Binsenwahrheit, aber sind vielfach nicht die gewerblichen Erscheinungen ein Beweis dafür, daß diese Wahrheit im konkreten Falle außer Acht gelassen wird? Sind die Lehrlingszüchter, die Preisdrücker, die Schmutzkonkurrenten nicht ein Beweis dafür, wie sehr noch immer zum eignen Schaden und zu dem der Allgemeinheit der Raubbau auf dem gewerblichen Acker diesen immer ertragsunfähiger machen muß. Und wenn dann im nächsten Jahre die hart um ihre Existenz ringende Gehilfenschaft entsprechende materielle Forderungen stellt, wenn sie diesen die Begründung gibt, daß man vor allem Leben können muß, um überhaupt an einer gewerblichen Ordnung, an einer friedlichen Entwicklung ein Interesse haben zu können, wenn an die Tore des Tarifausschusses die drückende Lage des buchdruckerlichen Minimumproletariates pocht und wenn es „auf den Tisch des Hauses“ den Hammer seines Lebens, Leidens und Wollens niederfallen läßt, wird man dann von Prinzipalsseite mit dem Hinweis auf die „Konkurrenzverhältnisse“ Gehilfenforderungen ablehnen können, die aus der Not geboren sind?

Keine Arbeiterschaft in Deutschland hat bis jetzt ein so weitgehendes Verständnis gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen in einem Gewerbe oder Berufe entgegengebracht, wie es die Buchdruckergehilfen getan haben. Sie haben sich mit ideellen, mit geringfügigen materiellen Ertragsverlusten, ja sogar mit Lohnreduktionen zufrieden gegeben, weil die Gehilfenschaft unser Gewerbes jederzeit Einsicht genug besaß, objektiv die Lage des Gewerbes zu untersuchen und maßgebend für ihre Forderungen sein zu lassen. Diesem verständigen Verhalten der Gehilfen ist es auch zu danken gewesen, daß wir mit der Tarifgemeinschaft die heutige Höhe im Gewerbe errichten, daß eine gewisse gewerbliche Ordnung gesiegt und ein Ausgleich geschaffen werden konnte für das, was in den Beziehungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen als recht und billig gewerbe-gesetzlich zu fixieren möglich war. Diesen Zustand der gegenseitigen Verständigung will die Gehilfenschaft auch in der Zukunft aufrecht erhalten, und er ist für die weitere Entwicklung der gewerblichen und sozialen Verhältnisse der Buch-

drucker eine Lebensfrage geworden, darüber ist man sich im Lager der Prinzipale wie der Gehilfen klar.

Soll aber dafür der Boden geebnet werden und eine auf Jahre andauernde friedliche Verständigung möglich sein, müssen die Konsequenzen der Tarifgemeinschaft und des Tarifvertrages schärfer als bisher gezogen werden. Nicht nur daß zunächst unerbittlich jeder Tarifverstoß bei beiden Teilen in empfindlicher Weise zu sühnen ist, wofür bestimmte Kautelen im Tarifvertrage zu schaffen sind, ist auch darauf Gewicht zu legen, daß jene Verhältnisse nicht stillschweigend weiter wuchern können, die es manchem Prinzipale tatsächlich nicht möglich machen, seinen Betrieb mit irgend welchen neuen Ausgaben zu belasten. Wir haben eben nicht bloß mit den großen Druckhäusern zu rechnen, mit sogenannten Millionenfirmen — die leider nur zu oft in der Einsicht für das, was den Gehilfen not tut, weit hinter mittleren Geschäften zurückstehen — sondern recht sehr mit Tausenden kleineren Druckereien, die ohnedies durch die ganze industrielle Entwicklung unser Gewerbes hart bedrängt werden. Wie aber im Allgemeinen der einzelne Prinzipal oder der einzelne Gehilfe sich bei der ganzen Gestaltung unser wirtschaftlichen Lebens allein nicht mehr im Produktionsprozesse behaupten kann, sondern des organisatorischen Schutzes bedarf, so muß ein solcher Schutz auch denen zu teil werden, die innerhalb der Tarifgemeinschaft dafür eintreten, daß der Grundsatz vom Leben und Leben lassen nicht zur bloßen Farce wird.

Gewiß, es wird dafür gesorgt, daß beim Eintreten für den Tarif der eventuell gemäßigtere Gehilfe an erster Stelle bei den Arbeitsnachweisen vorgemerkt wird, daß in tariflichen Streitfällen sofort das Schiedsgericht zusammen zu treten hat, daß Maßnahmen ergriffen werden, wenn die Lehrlingszahl überschritten, kurzum, daß das tarifliche Recht gewahrt wird. Wie vielfach bei uns erhobene Klagen beweisen, kommt es aber nicht selten vor, daß klägerische Gehilfen oder solche in Tariffchiedsgerichten oft nach dem Austragen von Streitfällen oder nach dem Fällen eines dem einen oder andern Prinzipale nicht genehmen Schiedsspruches „wegen Arbeitsmangel“ in den betreffenden Geschäften entlassen werden oder freiwillig gehen, weil ihr Arbeitsverhältnis sich merklich verschlechterte, weil die Zufriedenheit des Prinzipals oder Faktors von einem solchen Zeitpunkte an absolut nicht mehr zu erzielen war. Der Stellenwechsel dieser Gehilfen würde bei einer statistischen Untersuchung recht in die Augen springen. So wie seinerzeit die Berliner Gehilfen einen gewissen tariflichen Schutz für ihre Vertrauensmänner in den Druckereien verlangten, müßte auch dafür gesorgt werden, daß der vorbezeichneten Gehilfenkategorie gegenüber nicht neben dem gesetzlichen Rechte der Galgen aufgerichtet ist.

Ein andres ernstes Kapitel ist aber das der Schmutzkonkurrenz unter den tariftreuen Druckereien selbst. Wird hier nicht einmal energisch eingegriffen und werden hier im Tarifvertrage nicht Maßnahmen getroffen, um diese Schmutzkonkurrenz auf ein Minimum beschränken zu können, ist ein

großer Teil unserer gemeinsam verrichteten tariflichen Arbeit nur Sisyphusarbeit. Die Gehilfenschaft kann sich im nächsten Jahre nicht damit abspesen lassen, daß die Konkurrenz eine höhere Belastung des Tarifes nicht zulasse, wenn man sieht, daß trotz dieser von Prinzipalsseite seit Jahren erhobenen Klagen die tariftreuen Firmen selbst den Gehilfen demonstrieren, welche riesigen Schwankungen in den Druckpreisen trotz tariflicher Verhältnisse in den Druckereien noch möglich sind. Es wird natürlich eine mit den neuesten Maschinen, überhaupt mit den vollkommensten Betriebsrichtungen ausgerüstete moderne Druckerei immer den kleineren, primitiv eingerichteten Druckereien in Preis und Leistung „über“ sein, aber nicht das ist es, worauf es ankommt. Eine Reihe örtlicher Arbeiten, zum Teile bisher gut bezahlter, wird aus der Provinz nie in die Großstadt übergehen, das beweist auch das geschäftliche Wachstum der Provinzdruckereien, von denen verhältnismäßig sehr viele in technischer Beziehung den erstklassigen „Häusern“ der Großstädte sich an die Seite stellen können, was wir im Auge haben ist das Abtreiben von Aufträgen um jeden Preis — in der Großstadt sowohl wie in der Provinz. Und wo soll diese Schmutzkonkurrenz wieder herausgeholt werden, wenn nicht bei dem Arbeiter? Entweder in intensivem Antreiben der Gehilfen oder in allmählicher Lockerung der tariflichen Pflichten mit dem Ende der Lehrlingszücherei und der Lohnreduktion können wir tagtäglich den Werdegang solcher gewerbeschädlichen Gebahrens konstatieren. Da aber eine solche tariftreue Firma weder organisatorisch noch tariflich zu fassen ist — ein Urteil des Ehren- und Schiedsgerichtes des Deutschen Buchdruckervereins gleicht in seiner Wirkung einem Herumplätschern im Bassin für Nichtschwimmer —, muß von Tarifwegen eingeschritten werden können, was bis jetzt nicht möglich gewesen ist.

Vergegenwärtigen wir uns einmal einen solchen Fall. Die Buchdruckerei Adolf Thallwiz in Döbeln (Sachsen) druckt seit 13 Jahren den Haushaltplan der Stadt Döbeln. In diesem Jahre wurde bezeichneter Arbeit wieder auf dem Wege der Submission ausgeschrieben, mit dem Unterschiede aber, daß diesmal auswärtige Firmen zur Submission zugelassen waren. In Döbeln submittierte nur die Firma Thallwiz, außerdem waren Offerten eingegangen aus Meissen, Freiberg, Delsnitz usw. Der Zuschlag wurde der Firma Klinkicht & Sohn in Meissen erteilt, welche fragliche Arbeit für genau 890 Mk. herstellen will, während die Firma Thallwiz 1425 Mk. gefordert hatte. Also um über 500 Mk. billiger will die tariftreue Firma in Meissen eine Arbeit herstellen, die ein Höchstgebot von nur 1425 Mk. ersuhr. Wenn das seitens der Meissener Firma keine Schmutzkonkurrenz ist, dann fehlen uns für dieses Wort die Begriffe. Die Firma Thallwiz wandte sich nun an das Ehren- und Schiedsgericht in Leipzig und ließ diese Arbeit taxieren. Das genannte Gericht rechnete auf Grund des Minimaldruckpreisetarifes ausschließlich zweite Korrekturen einen Preis von 1413,25 Mk. heraus und mußte somit den seitens der Firma Thallwiz geforderten Preis als einen

angemessenen erklären. Und das Ende vom Liede: die Firma Thallwitz ist die Arbeit los, das Ehren- und Schiedsgericht seinen Spruch, auf den die Meißener Firma pfeift, der Stadtrat in Döbeln spart jährlich 500 Marker und hat außerdem bewiesen, wie er es versteht, die einheimischen Geschäftslente und steuerzahlenden Bürger bergnüglich an die Wand zu quetschen — und über allen Wassern im Gewerbe ist Ruß! Zwar haben die tarifstreuen Gehilfen in Döbeln an den Stadtrat und an das Stadtverordnetenkollegium eine Eingabe in dieser Angelegenheit gerichtet, darauf aber vom Stadtrate folgende salomonische Antwort erhalten:

Auf Ihre Eingabe vom 6./8. dieses Monats bescheiden wir Sie dahin, daß wir uns außer Stande sehen, eine andre Entschliessung für Vergebung des nächstjährigen Haushaltes zu treffen, da die Arbeiten zum Teile schon abgeliefert sind. Wir werden aber, wie stets, so auch in den nächsten Jahren den hiesigen Buchdruckereien Gelegenheit geben, sich an den Ausschreibungen von größeren Druckfachen zu beteiligen.

Wie gütig, die Döbeler Firmen dürfen sich auch fernerhin an den Ausschreibungen „beteiligen“ — d. h. für den Papierfroh des hochwohlwolllichen Stadtrates arbeiten, die Arbeiten natürlich wandern nach Meissen oder wer weiß sonst wohin. Die soziale Mission des Döbeler Stadtrates besteht also darin, trotz der tariffreundlichen Haltung des sächsischen Ministeriums dazu beizutragen, in der Praxis die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker untergraben und damit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gehilfen verschlechtern zu helfen. Auch die Stadtverordneten traten der Auffassung des Stadtrates mit seinem gottvollen Stile „vom 6./8. dieses Monats“ bei und nahmen „mit Befriedigung“ von der Mitteilung desselben über das Vergeben des Haushaltes Kenntnis. Ein Stadtverordneter, dem seine Ahnen ohne ersichtliches Verdienst den poetischen Namen Ziegenhirt hinterlassen haben, bedauerte, „daß die billigste nicht eine hiesige Firma sei“. Wirklich, sehr bedauerlich, daß die Döbeler Buchdruckereien so wenig ehrgeizig sind, nach dem Ruhme von Schmutzkonkurrenten, Preis- und Lohnrückern zu streben.

Doch warum sollen der Stadtrat und die Stadtverordneten einschl. des Herrn Ziegenhirt in Döbeln tariflicher gesinnt sein als die Buchdrucker selbst? Was geschieht nun der tarifstreuen Millionenfirma Klincksch & Sohn gegenüber, der es jedenfalls nicht darauf ankommt, an einer Arbeit 'mal nichts zu verdienen, bloß um dem eignen Kollegen, mit dem man angeblich gemeinsam an der Befestigung der gewerblichen Verhältnisse zu arbeiten vorgibt, eine Arbeit abgetrieber zu haben? Antwort: Nichts! Und das ist der wunde Punkt, über den wir in der Zukunft nicht hinwegkommen, soll die Tarifgemeinschaft die Aufwärtsentwicklung des Gewerbes zum Endziele haben. Kurzfristige Gehilfen mögen vielleicht einwenden: Was geht es uns an, wie die tarifstreuen Firmen untereinander konkurrieren, wenn nur trotzdem der Tarif bezahlt wird. Gewiß, die Firma Klincksch & Sohn bezahlt den Tarif, aber tragen diese Magazine dazu bei, die Tarifgemeinschaft zu festigen und Verhältnisse zu schaffen, daß auch der Gehilfe auf seine Rechnung kommen kann? Und wird man bei der nächsten Tarifrevision nicht wieder mit solchen Darstellungen kommen, statt daß seitens der Prinzipale ähnliche Wege begangen werden, wie wir es den Preisrückern im Gehilfenlager gegenüber tun. Oder können diese Wege nicht gemeinsam begangen werden, so daß — wie bisher schon zum Zwecke der Tarifdurchführung — die eine Macht einsetzt, wo die andre zu versagen beginnt? Welches Armutzeugnis übrigens für die Prinzipale! Der besitzlose Gehilfe, der nichts sein eigen nennt als seine Arbeitskraft, hat so viel kollegiale Interesse, daß er nur zu den von seiner Organisation gebilligten Preisen seine Arbeitskraft verkauft, der organisierte Prinzipal aber reizt seinen Kollegen die Arbeit aus den Händen und vermag ihn dadurch mitunter an den Rand des geschäftlichen Ruins zu drängen, bloß weil es ihm Spaß macht, umsonst

zu arbeiten! Jedem Unbefangenen muß es einleuchten, daß das moralische Ansehen der Tarifgemeinschaft durch solche Manipulationen auf das Schwerste geschädigt werden muß, denn nicht nur sinngemäß ist das Ziel der tarifstreuen Prinzipale und Gehilfen darauf gerichtet, über die Vereinbarung von Lohn- und Arbeitsbedingungen hinaus Verhältnisse im Gewerbe zu schaffen, die in jedem Betrachte die Schmutzkonkurrenz ausschließen. Dem Geiste des Tarifes nach ist die Firma Klincksch & Sohn nicht tarifstreu, nur fehlt die Handhabe, es ihr auch begreiflich zu machen. Sei dem aber wie ihm sei, man verschone die Gehilfen bei ihren künftigen Forderungen mit den von uns skizzierten Einwänden, sondern denke lieber darüber nach, wie durch eine strengere Fassung unser Tarifvertrages ein so ernstes Kapitel seiner Lösung entgegengeführt werden kann! Und in erster Linie ist hier der Prinzipalität zuzurufen: Hic Rhodus, hic salta!

## Wie der „Corr.“ die Partei bekämpft!

Das Organ der württembergischen Sozialdemokraten, die „Schwäbische Tagwacht“, hat die Redaktion des „Corr.“ besonders liebevoll ins Herz geschlossen, insonderheit unsern Kollegen Neßhäuser. Gegen diesen ist ihr kein Angriff so plumpe, keine Verächtigung so schmerzhaft, keine Verleumdung so stark. „Das Geschäft bringt's mal so mit sich.“ In ihrer Nummer 276 vom 25. November schreibt dieses der Volkszeitung, der Auffassung, der Wahrheit, dem Rechte, kurzum allen Idealen der Menschheit dienende Organ:

„Aus einer viel mißbrauchten Presse. Das Verbandsorgan des deutschen Buchdruckerverbandes, der „Correspondent“, ist in den letzten Jahren von der bürgerlichen Presse unzähligmal als Kronzeuge gegen die Sozialdemokratie, oft auch gegen bestimmte Kampfmethoden der freien Gewerkschaften, zu denen er selbst sich zählt, aufgerufen worden. Die Schreibweise war oft derart, daß die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie angestellten Männer die größten Lören wären, wenn sie die Leistungen des „Corr.“ nicht weidlich ausnützen würden. Und der „Ruhm“, den der Redakteur des „Corr.“ in der bürgerlichen Presse auf Grund seiner Vorhölle gegen die Sozialdemokratie genießt, staucht ihn natürlich an, sich immer aufs neue zu überbieten und seine Polemiken genau so einzurichten, wie sie die bürgerliche Presse braucht; denn auf diese Weise wird er ja nur noch berühmter. Sehr vorteilhaft sieht von diesen freundschaftlichen Nebenstößen, die der „Corr.“ in nicht zu seltenen Zwischenräumen der Sozialdemokratie zu geben sich veranlaßt sieht, ein Artikel ab, der sich in der Nummer vom 21. November findet und den Lebensmittlwucher behandelt. Dieser Artikel ist freilich nicht in der Redaktion entstanden, sondern von einem Verbandsmitglied eingeleitet. Vermutlich ist der Verfasser ein Württemberger, wenigstens nimmt er wiederholt auf württembergische Verhältnisse Bezug. Da die bürgerliche Presse diesen sehr lesenswerten Artikel nicht zitiert, so seien hier einige Sätze daraus wiedergegeben.“

Mit Genehmigung werden die Leser der „Tagwacht“ ihre in ihnen lange Zeit künstlich genährte „Ueberzeugung“ von der bodenlosen Verworfenheit des „Corr.“-Redakteurs aufs neue kräftigen und mit einem Gemisch von Hohn und Verachtung auf die Buchdrucker im allgemeinen herablicken, die einen solchen Unternehmern als Vertreter ihrer Interessen auswählt haben. Läge es nicht im Interesse der Arbeiterbewegung, dem nächsten Parteitag den Auftrag zu erteilen, für eine Neueingung der „Corr.“-Redaktion zu sorgen? Man ist ja schon einmal in der Uebung, und der Verband der Deutschen Buchdrucker würde sich einem solchen Beschlusse sofort fügen. Damit wäre endlich der „in famen“ Schreibweise des „Corr.“-Redakteurs, wie kürzlich ein buchdruckerlicher Kartellvertreter in Kiel, der den staatsretterischen Namen „Weber“ trägt, ausführte, ein Ende bereitet und den „zünftlerischen“ deutschen Buchdruckergehilfen würde wieder die Gnadenbäume des Herrn Fächer scheinen. Nun gehen wir aber über die meisten Angriffe gegen uns in der Parteipresse längt mit Gleichmut hinweg und geben nur dann eine Antwort, wenn es unumgänglich notwendig erscheint. Das ist hier der Fall.

Es kann vorkommen, daß die bürgerliche Presse hier und da aus einer Polemik des „Corr.“ mit einzelnen Parteiführern — mit denen die „Schw. Tagw.“ die Partei identifiziert — verschiedene Stellen entnimmt und in ihrem Sinne ausschachtet; gewiß, das kann vorkommen, wie es z. B. auch vorgekommen ist, daß Kapitalistenblätter Maßnahmen des Parteivorstandes verteidigt haben, weil mit ihnen der Unternehmerstandpunkt gerechtfertigt wurde, wie das fast die gesamte deutsche Gewerkschaftspresse festgestellt hat. Ob aber die Redaktion des „Corr.“ Unternehmer- oder Arbeiterinteressen dient, das zu untersuchen mag die „Tagwacht“ ruhig den Buchdruckern selbst überlassen, deren Urteil in dieser Beziehung nicht abhängig ist von der nachwärtlichen Zensur der „Tagwacht“.

Das genannte Organ hütet sich auch, an konkreten Beispielen zu demonstrieren, inwieweit die „Corr.“-Redaktion in arbeiterfeindlichem Sinne der bürgerlichen Presse „als Kronzeuge“ gebient hat, „oft auch gegen bestimmte Kampfmethoden der freien Gewerkschaften“. Letzter Vorwurf ist geradezu lässig, aber die Redaktion der „Tagwacht“ wird ja wissen, was sie ihren Lesern, ohne Widerspruch zu finden, bieten darf. Über sie mag sagen, welche „Kampfmethoden der freien Gewerkschaften“ der „Corr.“ bekämpft und deshalb der bürgerlichen Presse als „Kronzeuge“ gebient haben soll. Es ist die in vorstehender Notiz gegen uns erhobene Verleumdung eben weiter nichts als gemeine, erbärmliche und anheimelnd routinierte Ehrschmeidelei, die ihre höchste Steigerung darin erfährt, daß der „Corr.“-Redakteur seine angeblichen Polemiken gegen die Sozialdemokratie „genau so einrichtet, wie sie die bürgerliche Presse braucht“. Nach dieser verleumdenden Selbstenttarnung hat die „Tagwacht“ auch eine „Anerkennung“ für den „Corr.“ übrig. Der Artikel des Kollegen A. H. in Nr. 135 des „Corr.“ über den Lebensmittlwucher findet den Beifall der „Tagwacht“. Dieser Artikel ist freilich nicht in der Redaktion entstanden, fügt aufs neue vererbend der schmutzige Keil in der „Tagwacht“ hinzu, und will damit sagen, gegen die Agrarier und Lebensmittlwucherer kämpft die „Corr.“-Redaktion nicht, sondern nur gegen die Sozialdemokratie. Das ist der Höhepunkt der Verleumdungsstunde, von der die „Tagwacht“ in lebensgefährlicher Weise ergriffen ist. Bekanntlich haben wir schon im Jahre 1902 vor, während und nach den Zolldebatten im Reichstage in schärfster Form gegen den Lebensmittlwucher geschrieben. Wir erinnern z. B. nur an unsern Artikel in Nr. 138 von 1902. Ferner hat der „Corr.“ in diesem Jahre in Nr. 105 einen zehn Spalten langen Artikel aus unserer Feder über den „Fleischwucher in Deutschland“ gebracht, einen Artikel, der in zustimmendem Sinne auszugswiese auch von Parteiblättern abgedruckt wurde und in dieser Ausführlichkeit und Materialsammlung, womit die Lebensmittlverteuerung geheizt wurde, keinesfalls von einem ähnlichen Artikel der „Tagwacht“ übertroffen ist. Ferner sind in diesem Jahre allein unter Hundstau nicht weniger als in 26 Nummern des „Corr.“ von der Redaktion auf den Lebensmittlwucher bezügliche Notizen gebracht worden, in der Nr. 137 allein eine solche von etwa 200 Zeilen. Und angesichts dieser Tatsachen wagt die „Tagwacht“ zu verleumden: „dieser Artikel ist freilich nicht in der Redaktion entstanden!“ Wenn wir solche, einem glühenden Hass gegen die Buchdrucker und die „Corr.“-Redaktion entflammende Gemeinheiten niedriger hängen, und wenn eventuell bürgerliche Blätter davon Notiz nehmen, dann dienen wir der bürgerlichen Presse als „Kronzeuge“ gegen die Sozialdemokratie! Ein bequemes Verfahren, womit man jede Erbarmlichkeit gegen uns loslassen und bei einer Abwehr uns außerdem noch als Förderer von Unternehmerinteressen denunzieren kann. Wenn diese politische Moral der „Tagwacht“ identisch sein sollte mit der ganzen Partei, dann werden wir noch oft „als Kronzeuge gegen die Sozialdemokratie“ zitiert werden können.

## Briefe aus Oesterreich.

Die Tarifverhandlungen sind beendet! In Nr. 135 haben wir ausführlich über den am 13. November erfolgten Abbruch der Verhandlungen berichtet. Es war von vornherein klar, daß angesichts der Umstände, unter denen der Abbruch erfolgte, eine große Demurrung, ja Erbitterung in Gehilfenkreisen zu Tage treten würde. Diese Voraussetzung ist durch die Ereignisse nicht nur bestätigt, sondern übertroffen worden. Fast unmittelbar nachdem seitens der Gehilfenvertreter in den einzelnen Kronländern und Druckstädten über die Situation berichtet worden war, kam die Erbitterung der Gehilfen, welche angesichts der in der letzten Zeit bedeutend erwiderten Lebensverhältnisse auf ein annehmbares Entgegenkommen der Prinzipale in bezug auf die Lohnfrage in bestimmtester Weise geredet hatte, mit geradezu elementarer Gewalt zum Ausbruche. Nicht nur in der Hauptstadt des Reiches, in Wien, sondern auch in der niederösterreichischen Provinz wie nicht minder in den Druckstädten anderer Kronländer begannen die Kollegen in den Druckereien passiven Widerstand zu leisten. Daß eine derartige Vorgangsweise der Gehilfen den regelmäßigen Fortgang der Arbeit in den Österr. überhaut, speziell bei den Zeitungen in der Provinz, welche nur mit großen Verspätungen zur Ausgabe gelangten, in ungenügender Weise beeinflusste, ist nabeliegend. Es erscheint daher begreiflich, daß sich angesichts dieser unter den Buchdruckergehilfen zutage getretenen Unruhe bei der gegenwärtigen politischen Lage in Oesterreich und der speziell in den Kreisen der Arbeiterschaft vorhandenen Erregung eine höhere Instanz sich um die Ausgleichung der bestehenden Gegensätze bemühte. Diese Instanz war das Handelsministerium, in dessen Auftrage Sektionsrat Dr. Bach die Initiative ergriff, welcher sowohl Vertreter der Prinzipals wie der Gehilfenorganisation, nachdem vorher von beiden Seiten erklärt worden war, eine Intervention des Handelsministeriums anzunehmen, zu sich lud, um ihnen die Frage vorzulegen, ob nicht eine Verständigung zwischen den beiden Streitparteien möglich sei. Gleichzeitig sprach er namens der Regierung die Gerechtigkeit aus, falls es zu einer Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern im Buchdruckgewerbe komme, einem seit langer Zeit seitens

beider Tarifkontrahenten gegenseitigen Wünsche, Druckaufträge staatl. Institutionen in Zukunft nur an tariffreie Firmen zu vergeben, entgegenzunehmen. Am Vormittag des 23. November traten, nachdem die Prinzipale tags vorher eine Versammlung gehabt hatten, die Vertreter der beiden Verbände zur Ausgleitung der bestehenden Differenzen zusammen. In erster Linie gelangte der Wunsch der Prinzipale um Aufhebung des passiven Widerstandes in den Dfzinen zur Debatte. Seitens der Gehilfenvertreter wurde nun erklärt, daß derselbe erst dann aufgehoben werden könne, wenn die Gewähr für ein Entgegenkommen der Prinzipale vorhanden sei. Als zweiter Punkt stand die Anerkennung der Vertrauensmänner zur Debatte, welche Frage im Sinne der Gehilfenschaft erledigt wurde. Hierauf gaben die Gehilfenbelegierten die Erklärung ab, den passiven Widerstand in den Dfzinen durch die nun anerkannten Vertrauensmänner zur Einstellung zu bringen. Den nächsten Verhandlungspunkt bildete die Bestimmung über die seitens der Prinzipale verlangte Bedienung einer Reservemaschine. Von vornherein hatten die Prinzipale den Standpunkt eingenommen, daß es allgemein ermöglicht werden müßte, mit einem Maschinenmeister gegen eine Entschädigung von 1 K pro Tag die Bedienung einer dritten Maschine zu vereinbaren. Begründet wurde dieser Antrag damit, daß es in einzelnen Provinzoffizinen zufolge gewisser Arbeiten notwendig erscheine, einigemal in der Woche an den Maschinenmeister das Verlangen zu stellen, eine dritte Maschine auf einige Stunden zu bedienen, weil es in der Regel in beratigen Fällen unmöglich sei, eine Ausbilskraft zu beschaffen. Da wohl eine Beschränkung in der Dauer, wie lange eine solche Reservemaschine während einer Woche im Betriebe sein dürfe, in dem Antrage enthalten war, jedoch eine solche auf Druckorte oder Dfzinen, in welchen diese Vereinbarung gestattet sein sollte, in einer den Gehilfen entsprechenden Weise nicht vorhanden war, konnte in den früheren Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden. Bei der neuerlichen Aufrollung dieser Frage gefanden die Gehilfenvertreter in Anerkennung der tatsächlichen Verhältnisse die Bedienung einer dritten Maschine zu, jedoch nur für jene Dfzinen, in welchen nur zwei Pressen ständig im Betriebe sind. Das Maximum der Betriebsdauer der dritten Maschine darf jedoch über 15 Stunden pro Woche nicht hinausgehen. Weichsin ist ausgesprochen, daß der Maschinenmeister nur zur Bedienung von zwei Maschinen verpflichtet ist. Hinsichtlich der Belegung von Plätzen an Notationsmaschinen wird in der Vorlage festgelegt, daß an solche nur ordnungsmäßig ausgelagerte Drucker oder Maschinenmeister zu stellen sind. Minimum, Tageslohn, Arbeitszeit und Gültigkeitsdauer gelangen gemeinsam zur Beratung und erzielte man schließlich folgende Einigung: Das Minimum wird in allen sechs Klassen am 1. Januar 1906 um 2 K erhöht, am 1. Januar 1910 tritt abermals eine Erhöhung von 2 K und am 1. Januar 1912 eine solche von 1 K ein. Der Tageslohn wird am 1. Januar 1906 um 3 h, 1910 um 2 h und 1912 um 1 h erhöht. Der Antrag der Abkürzung der Arbeitszeit um zwei Stunden am Zahltag wurde seitens der Prinzipale als nicht akzeptabel erklärt und nach hartnäckigen Kämpfen an grünen Tische die Verkürzung der Arbeitszeit auf achtdivertiert Stunden zugestanden. Die Dauer des Tarifes beträgt acht Jahre. Bezüglich der Klasseneinteilung einzelner Kronländer konnte mangels Verständigung zwischen Prinzipals- und Gehilfenbelegierten dieser Länder keine Festlegung erfolgen. Es wurde beschlossen, sofort nach der an Ort und Stelle zwischen den beiderseitigen Delegierten vereinbarten Einweisung der einzelnen Druckstädte diese Resultate der Tarifvorlage einzufügen.

Die vorstehenden Zeilen geben der Kollegenschaft Deutschlands ein Bild über die Art und Weise des Zustandkommens einer Anzahl besonders wichtiger Punkte des Normaltarifvertrages für die österreichischen Kronländer. Schon am 26. November war, trotzdem die Verhandlungen erst am 25. abends ihren Abschluß fanden, die Gesamtkollegenschaft Oesterreichs in der Lage, von den getroffenen Vereinbarungen vorläufig Kenntnis zu nehmen. Sobald die gedruckte Vorlage fertig gestellt ist, werden die Kollegen Gelegenheit haben, durch Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung der Vorlage zu entscheiden. Wenn auch nicht alle Erwartungen der österreichischen Kollegenschaft durch diese Tarifrevision mit einem Schlage erfüllt werden konnten, so werden sich dieselben bei der bevorstehenden Urabstimmung vor Augen halten müssen, daß dieses im Vergleiche mit früheren Tarifbewegungen gewiß nicht unglückliche Resultat ohne Schwerfächerungen wurde, worin wieder ein Vorteil für eine künftige Lohnbewegung der Buchdruckergehilfen Oesterreichs liegt: eine Vermehrung der den typographischen Arbeitern Oesterreichs zur Verfügung stehenden Macht!

### Korrespondenzen.

**Wormen.** Die am 19. November in Ronsdorf abgehaltene Bezirksversammlung war gut besucht; erschienen waren aus Wormen 65 (Mitgliederstand 122), Neimigk 25 (50), Schwelm 10 (14), Gewelsberg 3 (6), Burg a. d. W. 1 (6), Ronsdorf, Lempe, Sprachhövel je 1 Kollege sowie 1 Kollege aus Düsseldorf als Gast. Nachdem der Gesangverein „Typographia“ Wormen das stimmungsvolle Lied „Brüder, reicht die Hand zum Bunde“ vorgetragen, brachte der Vorsitzende Kintau die Zirkulare No. 1 und 10 des Verbands-

vorstandes zur Kenntnis. Bei dem letztern wurde von verschiedenen Rednern kritisiert, daß diesmal das Statut nicht neu gedruckt worden sei, wie es früher nach jeder Generalversammlung geschehen; die Kostenfrage könne doch hierbei keine Rolle spielen. Die Versammlung schloß sich diesem Proteste des Ortsvereins Wormen in dieser Sache an. Alsdann hielt Arbeitersekretär Krüger-Warmen einen fünfviertelstündigen Vortrag über „Sozialpolitik und Sozialreform“, welcher sehr beifällig aufgenommen wurde. Eine lange und interessante Debatte zeitigte der Punkt „Tarifliches; Bericht der Vertrauensleute aus den einzelnen Druckorten“. Nachdem die einzelnen Kollegen Bericht erstattet, wobei namentlich aus den kleineren Orten wie Ronsdorf, Lempe usw. nichts Erfreuliches mitgeteilt werden konnte, da alle Versuche, die Nichtmitglieder für unsere Sache zu gewinnen, fehlschlagen, verbreitete sich der Vorsitzende über die allgemeine Lage und wünschte, daß ein Beschluß gefaßt werde, wonach infolge der gestiegenen Lebensmittelpreise eine Teuerungszulage verlangt wird. Sämtliche Redner waren hiermit einverstanden und wurde nach längerer Erörterung folgender Antrag angenommen: „In Anbetracht der obwaltenden Teuerungsverhältnisse, die nicht in Einklang zu bringen sind mit den heutigen Lohnsätzen und eine menschwürdige Existenz in Frage stellen, beantrage, eine Denkschrift an die tariffreie Prinzipalität des Bezirks Wormen zu richten, die neben dem Ersuchen, eine allgemeine Teuerungszulage zu bewilligen, eine Statistik über die Preise der wichtigsten Lebensmittel enthalten soll.“ Als Ort der nächsten Bezirksversammlung wurde Wormen bestimmt. Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß in Zukunft die Jahrgelder nur nach Schluß der Versammlung ausgezahlt werden. Nachdem der Gesangverein die Anwesenden noch mit einem Vortrage erfreut hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband.

**T. Detmold.** Der hiesige Ortsverein hielt am 18. November eine außerordentliche Generalversammlung ab, die von den Mitgliedern gut besucht war. Nach Bezirksvertretung eines Aufnahmejudes erstattete Kollege Langfisch die Kassenabrechnung für das dritte Quartal, und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Darauf gab der Vorsitzende H. Dtte Bericht von der am 22. Oktober in Herford abgehaltenen Vertrauensmännerkonferenz des Bezirks Bielefeld, aus welchen bei dem Punkte „Berichte der Vertrauensmänner aus den vertretenen Druckereien“ hervorgeht, daß die tariflichen Verhältnisse am hiesigen Orte als gute bezeichnet werden können. Das Referat, beifällig von der Versammlung aufgenommen, wurde debattelos angenommen. Des weitern wurde betrefis unsrer paritätischen Arbeitsnachweises, um ein besseres Funktionieren desselben herbeizuführen, mitgeteilt, daß die arbeitslosen Kollegen sich an pünktliches An- und Abmelben gewöhnen möchten. Es seien Fälle vorgekommen, die zu Beschwerden seitens der Prinzipale beim Arbeitsnachweise Veranlassung gegeben haben. Den Haupttagsordnungspunkt bildete die zur Kenntnis gebrachte Antwort der Stadtverordneten auf unsre Eingabe betreffend die Vergütung von Druckarbeiten an hiesige nur tariffreie Druckereien. Das mitgeteilte Resultat der obigen Petition befriedigte die Mitglieder nicht, da die Stadtverordneten ohne Debatte sich der Ansicht des Magistrates angeschlossen. Diefelbe geht dahin, daß nur nach Möglichkeit bei Vergütung von Druckaufträgen Tarifdruckereien berücksichtigt werden sollen. Das Fazit der sich hier anschließenden Debatte war, daß den Mitgliedern der dritten Stadtverordnetenklasse (bürgerliche Kandidaten) jedes Verbandsmitglied für soziale Arbeitsverträge abgeprochen wurde. Nach Stellungnahme zu der am 10. Dezember in Bielefeld abzuhaltenden Bezirksversammlung und Erledigung interner Angelegenheiten wurde die Versammlung, anregend und gut verlaufen, mit einem Hoch auf den Ortsverein und den Verband geschlossen. Hervorgehoben zu werden verdient noch nachdrücklich die beträchtliche Mitgliederzunahme in diesem Vierteljahre und der mit jeder Versammlung besser werdende Besuch.

**F. ch. Bezirk Duisburg.** Am 19. November fand in Sterkrade unsere vierte diesjährige Bezirksversammlung statt, zu der 112 Mitglieder des Bezirks erschienen waren, die sich wie folgt auf die einzelnen Orte verteilten: Duisburg 19 (107), Oberhausen 22 (50), Mülheim (Ruhr) 14 (53), Ruhrort 15 (36), Margloh 6 (10), Meerich 11 (15), Sterkrade 10 (12), Emmerich 1 (6), Nees 1 (3), Refel 13 (20). Die eingekammerten Papiere geben die Mitgliederverfärte der einzelnen Orte an. Unter „Geschäftliches“ teilte der Vorsitzende u. a. mit, daß die Margloher Kollegen einen Ortsverein gegründet haben, rügte aber bei dieser Tatsache den Umstand, daß der Bezirksvorstand diese Gründung erst aus der Tagespresse erfahren habe. Die Kollegen hätten doch wissen müssen, daß es ihre Pflicht war, dem Bezirksvorstande als erster Instanz Mitteilung von ihrer Aktion zu machen. Des weitern wurde bekannt gegeben, daß das Material zur Erhebung über Einführung der Bundesratsvorschriften in den einzelnen Druckereien des Bezirks den in Verdracht kommenden königlichen Gewerbeinspektionen von Duisburg, Mülheim (Ruhr) und Refel überwiesen worden sei, die die Sache zur Erledigung bringen werden. Der Duisburger Gewerbeinspektor war dem Vorstande sehr dankbar für das Material. Den Kassierbericht erstattete Kollege Wimar, dem auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt wurde. Ein Antrag des Bezirksvorstandes, die Wahl des Bezirksvorstandes für die Folge durch Urab-

stimmung im Bezirke vorzunehmen, wurde mit knapper Mehrheit abgelehnt. Der Bezirksvorstand soll auch nach diesem Antrage am Bezirksvororte wohnen. Es genüge, wenn die Leitung von der ersten Bezirksversammlung im Geschäftsjahre bestätigt werde. Kollege Schöch-Oberhausen unterzieht die letzten im „Corr.“ erschienenen sozialpolitischen Artikel einer kurzen, zustimmenden Besprechung und wünschte Diskussionen über derartige Artikel unsrer Organe in den Bezirksversammlungen. Es sei unsre Pflicht, die jüngeren Kollegen (auch viele der älteren haben es gewiß auch noch nötig! D. Sch.) mit der Sozialpolitik bekannt zu machen. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Zum weitern Punkte: „Unsre Stellung zur bevorstehenden Tarifrevision“, gab der Vorsitzende ein Bild der tariflichen Lage im Bezirke, teilte die von den einzelnen Ortsvereinen geäußerten Wünsche zur nächstjährigen Tarifrevision mit und schlug vor, im Dezember eine außerordentliche Bezirksversammlung (mit Referat) abzuhalten, die sich ausschließlich mit unsrer Stellungnahme zur Tarifrevision befassen soll. Die Versammlung war hiermit einverstanden und wählte als Tagungsort Oberhausen.

**Gelsenkirchen.** Die am 19. November in Wattenscheid abgehaltene Monatsversammlung beschloß nach reichlichem Ffir und Wider und ausgedehnter Debatte, die Vereinsbibliothek einer zu gründenden Gewerkschaftszentralbibliothek zu überweisen. Hosten wir auch von diesem Beschlusse, daß er uns vorwärts bringe und näher dem hohen Ziele einer geeinten gewerkschaftlichen Arbeit.

**Hannau.** In der am 18. November abgehaltenen Ortsvereinsversammlung wurde beschlossen, das diesjährige Weihnachtsgewinnigen am 30. Dezember im Vereinslokale „Stadt Bremen“ zu feiern. Nach Anhörung eines Referates über „Rechte und Pflichten der Mitglieder“ wurde auch von mehreren Rednern das Verhalten einiger Mitglieder bei der letzten Stadtverordnetenwahl gerügt, indem dieselben ihre Stimmen für die bürgerlichen Kandidaten abgegeben hatten. Zum Ueberflusse wurde noch eine in scharfen Worten abgefaßte hierauf bezügliche Resolution angenommen. Man hätte nun annehmen sollen, daß damit der Sache Genüge getan wäre, aber nein, in Nr. 274 der Frankfurter „Volksstimme“ kann es sich ein Kollege S. nicht verjagen, in einem Artikel „Kritisches Nachwort zu den Stadtverordnetenwahlen“ betrifft, diese „eblen Sech“, wie er sie nach „berühmtem Muffler“ tauft, unter Nennung der betreffenden Druckerei in ganz gemeiner Weise zu brandmarken. Aber nicht genug damit, nachdem er dieselben in Anlitz des Unternehmertums degradiert, fährt er dann fort: „Die übrigen zehn Wähler desselben Betriebes waren überhaupt zu feig, von ihrem Wahrechte Gebrauch zu machen, obwohl ihnen sicherlich kein Härchen gekrümmt worden wäre.“ In diesem Satze kommt der wahre Charakter dieses Herrn S. zur Geltung, indem er sich hier bewußt als Denunziant der Geschäftsleitung gegenüber aufstellt, denn etwas andres kann man aus diesen Zeilen nicht lesen. Wir haben mit unsren Mitgliedern zu rechnen; es kann uns daher nicht einerlei sein, ob die größte Druckerei hier am Orte für uns verloren geht. Deshalb ist das Verhalten des S. auf das Schärfe zu verurteilen, um so mehr, als derselbe selbst noch bis vor kurzem Verbandsfunktionär gewesen ist. Die ganze Wache geht aber darauf hinaus, wieder einmal die hiesigen Kollegen durcheinander zu heken. Wir werden uns aber nicht beirren lassen und ruhig unsere Ziele weiter verfolgen. Die Kollegenschaft aber ermahnen wir, einiger denn je zusammenzuhalten, um die räntevollen Pläne des S. zu durchkreuzen. Kollege S. aber verströmen wir auf die nächste Versammlung, da kann er als Gast den letzten Akt seines intriganten Spieles erleben.

**Neuß.** (Vg. Düsseldorf.) Das Vereinsleben innerhalb unsrer erst zu Anfang dieses Jahres gegründeten Ortsvereins darf als ein recht reges bezeichnet werden. Hier, in einem der dunkelsten Teile des schwarzen Deutschlands, wo es vor einigen Jahren noch eine Unmöglichkeit schien, überhaupt Boden zu fassen, ist es jetzt gelungen, 25 Kollegen im Ortsvereine zu vereinigen und durch eifrige Tätigkeit das Interesse am Verbandsleben rege zu erhalten. In der am 18. November abgehaltenen Versammlung wurden durch den vom Bezirkschriftführer Kröpper aus Düsseldorf gehaltenen Vortrag: „Der Verband und seine Tätigkeit“, die Mitglieder über die Kämpfe und Erfolge unsrer Organisation aufgeklärt und fand der Vortrag dankbare Aufnahme. Um die Kollegialität auch nach der gefälligen Seite zu fördern, beschloß man die Veranstaltung einer Weihnachtfeier, wie auch der Gründung einer Gesangsabteilung im Prinzipij zugestimmt wurde. Unsere Erfolge scheinen auch die Christlichen mobil gemacht zu haben, denn sie versuchen auch hier ihre geschehnde Tätigkeit auszuüben. Nachdem kirchlich eine öffentliche Versammlung abgehalten wurde, in der eine Zahlstelle des christlichen Verbandes der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen gegründet werden sollte, die aber, da hierzu außer neun organisierten Buchdruckern nur acht Christliche, darunter ein Kaiser, erschienen waren, nicht zustande kam, scheint eine Zahlstelle nachher im geheimen am Bierstich das Licht der Welt erblickt zu haben, wenigstens verständigete es am andern Tage die hiesige Presse und auch ein Zirkular zu einer Versammlung lieferte den Beweis hierfür. Es gilt also auch gegenüber diesen Schädlingen an der Arbeiterklasse unsre ganze Wachsamkeit, die von Erfolg sein wird, wenn alle Kollegen sich zu gemeinsamem Wirken zusammensinden, aufzubieten.

## Herr Hans Weber

fühlt sich durch einen in Nr. 134 des „Corr.“ enthaltenen Artikel „In eigener Sache“ gekränkt, bringt flugs eine „Nichtigstellung“ und glaubt nunmehr, reine Wäsche zu haben. Doch fühle ich mich verpflichtet, diese „Nichtigstellung“ auch richtig zu stellen.

Der erste Teil seiner Reparierungsversuche soll nicht Gegenstand einer Erörterung bilden, doch dürfen Herrn Webers darauf bezügliche Ansichten über den Begriff des Wortes „Solidarität“ nur auf der neuzeitlichen „wissenschaftlichen“ Auslegung dieses Wortes basieren; auch dürfte das Urteil der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder und Gewerkschaftsblätter nicht ganz zu umgehen sein.

Was den zweiten Teil seiner „Nichtigstellung“ betrifft, so kann ich nicht zulassen, daß der verantwortliche Redakteur Weber in unverantwortlicher Weise die Unwahrheit sagt. Wenn Herr Weber betont, daß seine Tätigkeit als früherer Antreiber in der „Vorwärts“-Buchdruckerei auf seinen Antrag der Kritik einer Druckereiverammlung unter Hinzuziehung des Gewerkschaftsrates und des Kollegen Böblin unterlag — so ist das richtig. Herr Hans Weber unterläßt aber mitzuteilen, daß diese Kritik ihm sehr übel bekommen ist. Nicht ein einziger Redner hat Herrn Weber irgendwie in Schutz genommen! Wenn Herr Weber damit prahlt und durch Fettdruck hervorhebt, daß Kollege Massini „widerprüchlos“ erkläre: daß die Anklagen gegen Webers Tätigkeit als Antreiber in der Druckerei nicht aufrecht zu erhalten seien, so ist das eine direkte Unwahrheit! Eine „Erklärung“ ist in dieser Druckereiverammlung seitens des Kollegen Massini überhaupt nicht abgegeben worden. Das Bemühen des Gewerkschaftsrates, die für Herrn Weber so „günstig“ liegende Sache möglichst schmerzlos aus der Welt zu schaffen, fand auch meine Unterstützung, doch wurde sofort betont, daß dies nicht einseitig auf Kosten der Maschinenbesitzer geschehen dürfe. Zu einer neuerdings abgehaltenen Druckereiverammlung, der ich diese Sache unterbreite, wurde aber **wirlich widerprüchlos** festgestellt, daß Herr Weber im „Corr.“ die Unwahrheit gebracht! Aber auch in der Gewerkschaftsversammlung mußte doch Herr Weber das Gefühl haben, daß Kollegen Massinis darauf bezügliche Ausführungen (hier allerdings widerprüchlos; warum, das ist dem Schriftführer mitgeteilt worden) nur dem oben bezeichneten Bemühen entsprangen. Es gehört wirklich ein recht „unschuldbolles“ Gemüt dazu, nachdem kein einziger Redner Herrn Weber in Schutz nimmt, und sogar die Geschäftsleitung den bekannten, die Kollegen beleidigenden Ausspruch Webers vom passiven Widerstande anerkennenswerterweise als eine Ungehörigkeit bezeichnete, dennoch sich einzureden, aus dieser Sache seien ihm keine Vorwürfe zu machen.

Herr Weber hatte bereits in Dresden den Kontrollurposten „in der Tasche“, wütete dort gegen das Antreiber- und Kontrollsystem, trat unmittelbar nach der Generalversammlung den ihm so „verhassten“ Kontrollurposten an, weiß absolut nichts davon, daß die Sejmashinen stunden- und tageweise stillstanden, und auf Grund dieser ihm nicht bekannten Tatsache fällt er sein Urteil in so provokierender Weise über die Maschinenbesitzer, daß das in Dresden von ihm vermittelte Selbstbewußtsein und die Solidarität (Protokoll S. 48) sofort sich einstellten und sich gegen — Herrn Weber richteten. Daß man zu einem solchen „Kontrollurposten“ kein Vertrauen haben konnte, wurde denn auch in der betreffenden Druckereiverammlung zum Ausdruck gebracht. Nun ist Herr Weber Redakteur. Aber seine frühere und jetzige Stellungnahme zum Personale gegenüber ist sehr geeignet, das von ihm in Dresden vermittelte Selbstbewußtsein der Kollegen noch ganz bedeutend herauszufordern!

Berlin. Paul Ruffial.

## Rundschau.

Eine Teuerungszulage von je 30 Mk. pro Kop bewilligte die Firma Gustav Buz in Hagen („Hagener-Zeitung“), ihrem Personale. Die Zeitungsboten erhielten je 10 Mk.

Das alte Lied von dem Kampfe gegen die Lehrlingsmishandlung müssen wir heute wieder einmal aufnehmen. Herr Buchdruckereibesitzer und Stadtrat Karl Hirschfelder in der rühmlichst bekannten Lehrlingsbrut-anstalt Schönebeck a. d. E. zwingt uns dazu. Bevor wir jedoch unsere Register ziehen, kommen wir der in konziliantester Form ausgesprochenen Bitte Hirschfelders nach und lassen ihn „auf der Sonnenseite“ unseres Blattes mit folgenden unwürdigen Zeilen zu Worte kommen:

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Sie sind — wie ich soeben ersahre — so freundlich und lassen mich in Nr. 131 des „Corr.“ einen „patentierten Lehrlingszüchter“ nennen und gestatten auch sonst Ihrem Gewährsmann eine Sprache, die weniger sachlich als burschikos ist. Allerdings stehen Ihnen in Wahrnehmung berechtigter Interessen mitbedenke Umstände zu, allzu scharf macht aber scharf. So gewiß wie der Gehilfenstand ein Interesse daran hat, den Nachwuchs möglichst einzuschränken, so gewiß kann namentlich der kleine Prinzipal auf Lehrlinge nicht verzichten und nur im Wege der Verständigung läßt sich die goldene Mitte finden, auf der beide Teile zu ihrer Rechnung kommen. Als Mitglied der Halberstädter Handelskammer habe ich in Uebereinstimmung mit der

überwiegenden Mehrzahl der Buchdruckereibesitzer dieses großen Kammerbezirks der Meinung Ausdruck gegeben, daß der Sprung von bisher scharfen Lehrlingshaltung zur Stala des Tarifies zu unvermittelt groß ist, daß ein Uebergangsstadium geschaffen werden müßte und daß die Regelung der Lehrlingsfrage vor allen Dingen nicht örtlich, d. h. in einem verhältnismäßig kleinen Handwerkskammerbezirk wie Magdeburg, erfolgen dürfte. Die scharfe Durchführung der Tariffala ist zudem geeignet, die Existenz einer großen Zahl kleinerer Buchdruckereien zu gefährden, während die Großdruckereien nur ein minimales Interesse an der Lehrlingshaltung haben. Daß die Frage der Ausbildung am wichtigsten ist, versteht sich von selber. Mich nun einen „patentierten Lehrlingszüchter“ zu nennen, ist einfach unethisch. Die Magdeburger Herren Gehilfen, die mit mir öfter in der Lehrlingsfrage verhandelt haben, ließ ich nie einen Zweifel darüber, daß ich die Schritte zur Eindämmung unbegrenzter Lehrlingshaltung billige. Angehts der örtlichen Verhältnisse konnte ich allein die Lehrlinge aber nicht abschaffen, sonst wäre ich der Konkurrenz gegenüber fertig gewesen. Ihre Magdeburger Gewährsmänner werden Ihnen sicherlich auch Zahlen darüber geben können, daß von den hiesigen vier Druckereien ich die geringste Zahl von Lehrlingen hatte und habe.

Was meinen Werbegang betrifft, so sollte es Sie eigentlich doch freuen, daß ich aus „Nichts“, „etwas“ geworden bin, aus Nichts hat Gott ja auch die Welt geschaffen.

Wollen Sie diesen Zeilen ein Pläschen auf der Sonnenseite Ihres w. Blattes gönnen, so würden Sie zu Dank verpflichtet

Ihren gehorsamst ergebenden

Karl Hirschfelder.

Herr Hirschfelder ist ein Mann, mit dem sich reden läßt; es kann mit ihm sogar ein bißchen Fraktur gesprochen werden. Das haben wir getan und auch der Herr Stadtrat, dem die Handwerkskammer aus gewissen Gründen etwas unbehaglich war, weshalb er sich mit seinem durchaus handwerksmäßigen Betriebe in die Urne der nachsichtigeren Halberstädter Handelskammer flüchtete und dort für seine großen Schmerzen auf dem Lehrlingsgebiete auch ein geneigteres Ohr fand. Aber nicht ihn haben wir einen patentierten Lehrlingszüchter in Nr. 131 genannt, sondern alle diejenigen, welche im Regierungsbezirk Magdeburg die Lehrlingszüchtereien in ganz bedeutender Maße betreiben. Wie könnten wir nur Herrn Hirschfelder als einen patentierten Lehrlingszüchter bezeichnen, wo er doch ein so netter Mensch ist, und wir gewiß wohl ebenso lebenswürdige Leute! Herr Hirschfelder spricht ja selbst von einer „scharfen Lehrlingshaltung“ in dem Handelskammerbezirk Halberstadt, aus dem angeblich die „überwiegende Mehrzahl der Buchdruckereibesitzer“ seiner Ansicht beigetreten ist, daß der Sprung zur Stala des Tarifies zu unvermittelt groß sei. In unsrer immer noch nicht genügend gewürdigten Bescheidenheit wagen wir Herrn Hirschfelder nicht zu widersprechen in betreff der kompakten Mehrheit, die vermeintlich hinter ihm steht. Wir wollen deshalb nur darauf verweisen, daß der Bezirksverein Harz der Prinzipalsorganisation (Sitz Halberstadt) es ganz entschieden beitrete, daß ein auch nur einigermaßen erheblicher Prozentatz der Buchdruckereibesitzer dieser Gegend sich die Ansichten der Herren Hirschfelder und Genossen über die tarifliche Lehrlingsstala zu eigen macht. Also, Herr Hirschfelder, befehlen Sie Ihre Kollegen eines Besseren! Bekanntlich sind dieselben drauf und dran, bei dem Ministerium gegen die Art und Weise zu protestieren, wie die Halberstädter Handelskammer ihre Informationen einholt. Herr Hirschfelder meint ferner, die Regelung der Lehrlingsfrage dürfe nicht örtlich, oder wie in seinem Falle: „in einem verhältnismäßig kleinen Handwerkskammerbezirk (d. i. Regierungsbezirk. Red.) wie Magdeburg erfolgen“. Ganz unsre Meinung. Deshalb unterstützen wir auch das Verlangen des Tarifamtes nach einer bundesrätlichen Anerkennung unsrer Lehrlingsstala — wogegen sich aber gerade Herr Hirschfelder samt Anhang mit Zähnen und Nägeln durch die Handelskammer in Halberstadt wehrt. Die Handwerkskammern haben aber auch auf Grund des § 130 der Gewerbeordnung seit dem 1. April 1901 das Recht, eine bewährte Regelung vorzunehmen, und es haben schon sehr viele Kammern in Deutschland von dieser Befugnis mit ministerieller Genehmigung Gebrauch gemacht. Das können Sie allerdings nicht wissen, Herr Hirschfelder, denn Ihr Gebiet ist ja jetzt die Halberstädter Handelskammer. Mit welchen Gehilfenvertretern aus Magdeburg Herr Hirschfelder schon in der Lehrlingsfrage verhandelt hat, wissen wir nicht; wofür aber, daß die Vorstände unsrer Organisation in Magdeburg und der Vorstand der Magdeburger Buchdruckereimung mit allen Schönebecker Prinzipalen sowie dem Bürgermeister dortselbst schon verschiedenes Tänzchen gehabt haben. Die letzte Rücksprache hat überdies mit Herrn Heinemann stattgefunden, doch der schloßte — ebenso wie Herr Hirschfelder — seine anderen Kollegen vor, mit denen nichts anfangen sei! Also die Vereinnahmung der Schönebecker Prinzipale, mit der Lehrlingswirtschaft anzuräumen, ist über allem Zweifel erhaben. Herr Hirschfelder beruft sich noch darauf, daß er in Schönebeck immerhin derjenige gewesen sei, der die geringste Anzahl von Lehrlingen hatte. Wir stellen demgegenüber nachfolgend fest, daß das Verhältnis in den Schönebecker Druckereien zwischen Gehilfen und Lehrlingen im Mai 1897 war: Hirschfelder 3 Geh., 11 Lehr., Wulfert 6 Geh., 14 Lehr., Wulfstein

2 Geh., 6 Lehr., Heinemann 1 Geh., 3 Lehr.; Umfang 1898: Hirschfelder 5 Geh., 6 Lehr., Wulfert 4 Geh., 15 Lehr., Wulfstein 2 Geh., 9 Lehr., Heinemann 1 Geh., 2 Lehr.; Ende 1898: Hirschfelder 6 Geh., 3 Lehr., Wulfert 5 Geh., 14 Lehr., Wulfstein 1 Geh., 11 Lehr., Heinemann 1 Geh., 2 Lehr.; im Jahre 1903: Hirschfelder 4 Geh., 7 Lehr., Wulfert 10 Geh., 8 Lehr., Wulfstein 1 Geh., 12 Lehr., Heinemann 0 Geh., 6 Lehr.; im Jahre 1904: Hirschfelder 2 Geh., 9 Lehr., Wulfert 6 Geh., 10 Lehr., Wulfstein 2 Geh., 13 Lehr., Heinemann 1 Geh., 4 Lehr.; im Jahre 1905: Hirschfelder 4 Geh., 7 Lehr., Wulfert 6 Geh., 10 Lehr., Wulfstein 4 Geh., 11 Lehr., Heinemann 1 Geh., 2 Lehr. Wenn also der Herr Stadtrat Hirschfelder und die übrigen Schönebecker Prinzipale in einem solchen Zeitraume noch keine größeren Beweise ihrer besseren Einsicht zu erbringen vermochten, dann hat auch das Gerede von dem „Wege der Verständigung“, der „goldenen Mitte“, der „scharfen Durchführung der Tariffala“, der Schaffung eines „Uebergangsstadiums“ absolut keinen Zweck (das haben wir auch Herrn Hofmann-Machersleben bereits in Nr. 8 vom vorigen Jahre gesagt). Es muß gehandelt werden. Wer nicht mit uns ist, ist wider uns! Wir wollen die Wohlfahrt des Gewerbes, wir bekämpfen daher mit aller Kraft die patentierte Lehrlingszüchtereien, wo sie sich zeigt. Und Sie, Herr Hirschfelder, sollten doch Ihre Beschränkungsversuche aufgeben und sich die Mühe erziparen, die Gehilfenfrage mit den gar billigen Versicherungen Ihrer guten Absichten zu traktieren, denn Wilhelm Busch sagt ganz richtig: „Allein auch dieses auf die Dauer — fällt doch dem Menschen schließlich sauer“. Und damit Gott befohlen, Herr Hirschfelder. Wir hoffen, daß es Ihnen auf unsrer Sonnenseite sehr behagt hat.

Die Aktiengesellschaft Ariphoph in Taucha bei Leipzig, bei welcher die Ausperrung fortbauert, weil die Firma 28 Arbeiter nicht wieder einstellen will — bei den Verhandlungen vor dem Gewerbegericht wurde die Zahl der zu ächtenden Personen auf acht angegeben —, sucht nun im weiten Deutschen Reich Ersatz aus für ihre Buchdruckerteilung. Zu ihren Offerten heißt es: „Wir bezahlen tarifmäßig oder je nach Leistung mehr, verzichten aber auf organisierte Arbeiter, weil wir mit diesen, trotzdem daß wir von jeder tarifmäßig entlohnen, schlechte Erfahrungen gemacht haben“. Diese schlechten Erfahrungen scheinen aber nur in der Phantastie der Gesellschaft Ariphoph zu bestehen, denn gleich nach diesem in nicht dem besten Deutsch gehaltenen Satze befindet sich folgender: „... die Sezer, deren Stellen zu besetzen sind, die sich aber jetzt im Auslande befinden, sind schon jahrelang bei uns beschäftigt, ohne einen einzigen Tag ausgesetzt zu haben“. Wie reimt sich denn jahrelange Beschäftigung mit den gemachten schlechten Erfahrungen zusammen? Das ist doch ein vollkommener Widerspruch! Ferner spricht die Firma von einem Auslande, die Begriffsverwechslung ist, weil in Wirklichkeit eine Ausperrung besteht, also auch hier eine auffällig große. Wir möchten der Gesellschaft raten, das Wort für Offerten zu sparen, denn bei einer die Gewerkschaft nicht anerkennenden Firma wird kein brauchbarer Buchdruckerersatz-Konkordanz annehmen.

Ein Rücktritt. Nach einer Bekanntmachung des Vorstandes der Buchbinder der „Georg Schmidt-Berlin“, zum 1. Februar 1906 seine Stellung gekündigt. Die Ursache dieses Rücktrittes dürfte auf den Verbandsvorsitzenden E. Loth zurückzuführen sein, mit dem kollegial zusammenzuarbeiten nicht nur für Schmidt zu einer Unmöglichkeit geworden war. Schmidt geht als Arbeitersekretär nach Dessau. Seit fünf Jahren Leiter ihres Verbandsorgans, verliert die deutschen Buchbinder in Schmidt eine hervorragende Arbeitskraft, einen festen fleißigen Beamten, einen Mann von Charakter und Rückgrat. Die „Buchbinder-Zeitung“ hatte unter ihm in gewerkschaftlicher Beziehung einen erfreulichen Aufschwung, ihr Inhalt an Gehaltentiefe gewonnen. Zudem Schmidt sein Bestes für das von ihm geleitete Organ einsetzte, mußte die Unmöglichkeit, in der für seine Kollegen notwendigen Weise weiter wirken zu können, und ein gewisser indirekter Zwang, mehr die Frage zu pouffieren, ihm die Konsequenz des Rücktrittes nahelegen. So ging er denn lieber seiner Wege — beladen mit dem Danke vom Hause Habsburg. Die Vertreter eines konsequenten Standpunktes in der Gewerkschaftsfrage seien Schmidt mit Bedauern scheidend. Wir wünschen ihm eine volle Befriedigung in seinem neuen Amte.

Ein Danaergeheimnis, wie wir in Nr. 136 richtig vermuteten, ist der angefordigte Gesekentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Nach dem, was in der offiziösen Presse jetzt darüber verlautet, sollen solchen Gewerkschaften die korporationsrechtliche entzogen werden, die sich an Umständen beteiligen, welche die öffentliche Wohlfahrt (Versorgung mit Kohle, Wasser und Licht) „zu gefährden geeignet sind“. Die Vergleiche, Gasarbeiter, die Arbeiter in Wasser- und in Elektrizitätswerken, im weitem die Bäcker und Fleischer werden also auf das Streikrecht verzichten müssen, wenn die Vorlage Gesetz würde. Die Koalitionsfreiheit wäre mithin zu einem ganz bedeutenden Maße ausgeschaltet. Natürlich wird die Arbeiterchaft sich für diese Beiderung schärfstens bedanken, um so mehr, da jedenfalls noch andere Sprengminen in dem Gesekentwurf enthalten sind. Auf der andern Seite schreibt die „Deutsche Arbeiterzeitung“ nach gesetzlichen Bestimmungen zur Unterdrückung von Generalkonflikten. Es sei eine Erweiterung des Strafrechtes in der

Fortsetzung in der Beilage.

# Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 138. — Donnerstag den 30. November 1905.

## Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Nichtung notwendig, daß die Leiter einer solchen Streikbewegung sofort unschädlich gemacht werden können. Mit anderen Worten: es wird eine neue Zuchtstauvorlage gefordert. Nicht für die in riesigem Umfange ausstehenden Unternehmerverbände, sondern für die Gewerkschaften resp. deren Leiter. So will es die Gerechtigkeit in dem Lande mit den verdrücktesten Rechtsgarantien.

Obwohl es sonst nicht unvornehmlich ist, von regionalen Konferenzen usw. Notiz zu nehmen — was schon die Raumverhältnisse des „Corr.“ verbieten —, machen wir im folgenden des Allgemeininteresses wegen eine Ausnahme von der Regel. Unser Düsseldorf-Gewährsmann schreibt uns nämlich: Auf einer dieser Tage in Düsseldorf stattgehabten Konferenz der rheinisch-westfälischen Gewerkschaftskarteile und Gauleiter referierte unser Kollege Müller-Essen über: „Der Boykott als gewerkschaftliches Kampfmittel“. Der Exrakt des Vortrages war, daß die Arbeiter der Lebensmittelbranche, welche bei der Anwendung des Boykotts in erster Linie in Frage kämen, immer mehr danach trachten müßten, ihre Organisationen derart zu stärken, daß sie aus eigener Kraft dem Unternehmertum Terrain abgewinnen könnten. Die Diskussion über diesen Vortrag, woran sich auch Kube als der Vertreter der General-Kommission beteiligte, war eine ausgiebige und hoffentlich auch lehrreiche in bezug auf den letzten in Rheinland-Westfalen erlebten Bierboykott. Durch Annahme einer vom Referenten vorgelegten Resolution, welche besagt, daß vor Verhängung eines Boykotts alle diejenigen Faktoren, die den Kampf hauptsächlich anzusehen hätten, befragt werden sollten, und daß ein derartiger wichtiger Beschluß nicht von Zufallsmehrheiten in Volksversammlungen gefaßt werden dürfe, ist eine Richtschnur für die rheinisch-westfälische organisierte Arbeiterchaft gegeben, wie sie sich in Zukunft bei Boykotts zu verhalten hat, um sich vor ähnlichen Enttäuschungen zu bewahren, wie sie der letzte rheinisch-westfälische Bierkrieg zeitigte.

Zur Wahlrechtsdemonstration in Wien am 28. November haben die Unternehmer teurerlei Widerstand entfaltet. Der härteste Arbeitgeberverband, der Bund österreichischer Industrieller, hat seine Ortsgruppen sogar angewiesen, dem Verlangen nach Arbeitsruhe ohne weiteres zu entsprechen. Es hat also den Anschein, daß auch in Nachbarbeiterkreisen die Berechtigung des Verlangens nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte Anerkennung findet. Möglich aber auch, daß ein taktisches Manöver dahinter steckt, auf jeden Fall aber ist dadurch eine gewaltige Ausdehnung der Demonstration ermöglicht worden.

Zu einer bedeutenden Kundgebung gegen den Fleischwucher gestaltete sich der am 27. November in Berlin zusammengetretene erste deutsche Städtetag. Es ist dies eine neue Organisation der Stadtverwaltungen zu gemeinsamer Vertretung kommunaler Interessen; sein Wirken wird sich demgemäß mehr oder weniger gegen solche Maßnahmen der Reichsregierung wenden, die eine besondere Belastung der städtischen Bevölkerung involvieren. Alle Städte Deutschlands mit über 25000 Einwohnern sind diesem Bunde beigetreten, die kleineren davon als Gruppen. (Zu Nr. 128 berichteten wir bereits von einer Audienz einer Delegation des Vorstandes des Städtetages beim Reichskanzler, deren Ausgang bekanntlich gleich Null war, weil Bülow die Mesalliance mit den Agrariern nicht mehr zu lösen vermag.) Als erster Berichterstatter erhielt der Reichstagsabgeordnete und Berliner Stadtverordnete Dove das Wort. Seine mit stürmischem Beifalle aufgenommenen Ausführungen besagten etwa folgendes: Die Fleischsteuerung laste ganz besonders schwer auf den Schultern der unbemittelten Klassen. Es sei das um so beklagenswerter, als dadurch eine Unterversorgung der Bevölkerung eintrete. Bekanntlich gingen die Löhne mit den gesteigerten Preisen nicht Hand in Hand. Es sei nun einmal nicht abzuleugnen, daß die Viehproduktion hinter der Vermehrung der Bevölkerung zurückbleibe. Da die Fleischpreise bereits eine Höhe erreicht haben, die den unbemittelten Klassen unerschwinglich sei, so haben nicht nur die Städte, sondern auch Handel und Industrie die Pflicht, Maßnahmen zu beraten, wie diesen Zustände zu begegnen sei. Es sei gesagt worden, es empfehle sich, Einrichtungen zu treffen, wonach der Zwischenhandel ausgeschaltet werde. Die Erfahrung habe aber gelehrt, daß gerade durch den Zwischenhandel eine Preisregulierung bewirkt werde. Sei erst der Zwischenhandel ausgeschaltet, dann werde es nicht ausbleiben, daß die Produzenten die Preise diktieren. Die Ausschaltung des Zwischenhandels würde also den Zustand nur noch verschlimmern. Die Schließung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh habe es nicht vermocht, die Viehpreise in Deutschland zu bejähigen. Eine gezielte Quarantäne für das aus dem Auslande eingeführte Vieh sei ausreichend, um jede Gefahr einer Seucheneinführung zu bejähigen. Im übrigen sei in Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien und Holland die Viehsuche vollständig,

in der Schweiz nahezu erloschen! Aus diesen feststehenden Tatsachen gehe hervor, daß ganz andere Gründe als die Gefahr der Seucheneinführung zur Schließung der Grenzen maßgebend waren. Wir halten es für unsere Pflicht, Maßnahmen zu beraten, wie dem unhaltbaren Zustande abzuhelfen sei, die unbemittelten Volksklassen vor der Unterernährung zu schützen. — Die Bemerkungen von der Ausschaltung des Zwischenhandels richteten sich gegen Bülow; die übrigen Ausführungen sind so eindeutig, daß sie keines Kommentars bedürfen. Die anderen beiden Referenten, Oberbürgermeister Körte-Königsberg und Magistratsrat Dr. Beckh-München, sprachen in demselben Sinne wie Dove. In der Diskussion fand sich ein einziger Vertreter, der Bürgermeister des industriellen, eine arme Bevölkerungsklasse aufweisenden Weisensees, welcher die agrarischen Krugschiffe eines Mangels an Futtermitteln und der nur vorübergehenden Verschonung der Fleischnot vorbrachte. Weiter erklärte er in seinen von lebhaftem Widerspruch und stürmischem Schlußruf unterbrochenen Ausführungen, es sei bedauerlich, daß der deutsche Städtetag sich nicht auf nationalem Boden konstituiert habe, die städtischen Vertretungen beständen doch zumeist aus Freisinnigen und Sozialdemokraten. Man kann sich die Szene, die sich bei diesen Worten des Weisenseeser reaktionären Stadtoberhauptes entwickelte, leicht ausdenken. Es ist das alte Rezept: Wer nicht mit der Regierung durch dick und dünn geht, ist ein Hochverräter, ganz gleich ob Bürgermeister oder Arbeiter. Daß Herr Wobahn auch ein ganz gehöriges Maß von Raivität besitzt, bewies ferner seine Frage, was die Vertreter auf dem Städtetag dazu sagen würden, wenn die Landwirte einen ähnlichen Interessenbund gründen würden. Dieser stramme Agrarierfreund hat also noch nie etwas von dem Bunde der Landwirte gehört! Na, er wurde fürchterlich zugebeckt, und es blieb bei der ausgedehnten Diskussion bei diesem agrarischen Eingänger. Schließlich wurden folgende Leitsätze fast einstimmig angenommen (wir geben dieselben in gekürzter Form wieder): 1. Es besteht zurzeit in Deutschland eine ganz außergewöhnliche Höhe der Fleischpreise, insbesondere der Schweinefleischpreise, an deren alsbaldiger Beseitigung alle Kreise des Volkes, insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung der Städte, ein dringendes Interesse haben. 2. Die Ursache solcher Teuerungen ist darin zu erblicken, daß die inländische Viehproduktion dem starken Wachstume der Bevölkerung gegenüber nicht stetig imstande ist, den inländischen Bedarf an Fleischmengen zu decken. Die Behauptung, daß der Zwischenhandel die Veranlassung für die derzeitige Fleischsteuerung abgebe, kann als zutreffend nicht anerkannt werden. 3. Zur Deckung des einheimischen Fleischbedarfes ist deshalb der Rückgriff auf die Vieh- und Fleischbestände des Auslandes unter voller Wahrung des Seuchenschutzes geboten. Die bestehenden Einfuhrverbote und Erschwernisse überschreiten zum Teile das durch die Gesetzgebung im veterinären und sanitären Interesse vorgeschriebene Maß und führen dazu, die Einfuhr, auch wo sie zugelassen ist, unwirksam zu machen. 4. Von den vorgezeichneten Abhilfsmitteln kann die unmittelbare Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch durch die städtischen Verwaltungen als geeignetes Mittel zur wirksamen dauernden Beseitigung der Fleischsteuerung nicht angesehen werden. 5. Dagegen erachtet der deutsche Städtetag als geeignete Mittel: Die möglichst ungehinderte Einfuhr lebenden Viehes aus dem Auslande unter voller Wahrung aller veterinärpolizeilich notwendigen Schutzmaßnahmen zur Abschichtung in öffentlichen Schlachthäusern; die Einfuhr ausgeschlachteten Fleisches aus dem Auslande unter Beseitigung aller sanitär nicht unbedingt gebotenen Erschwernisse; die Einfuhr ausländischer Wurstwaren; die Ermäßigung der Zölle und Eisenbahnfahrpreise für Futtermittel in Zeiten bestehender Futtermittelnot. 6. Der Deutsche Städtetag erklärt, daß die Behandlung der Fleischsteuerungsfrage durch die maßgebenden Instanzen des Reichs und einzelner Bundesstaaten die berechtigten Interessen der städtischen Bevölkerung schwer schädigt. — Wir sind neugierig, was man vom Regierungstische im Wallotthause auf dieses kräftige, aber nur zu berechtigte Protonunotament sagen wird.

Zu einem regelrechten Unfuge artet manchmal das behördliche Submissionswesen aus, wie nachstehender, eigentlich für ungläublich zu haltender Vorfall zeigen soll, den wir dem „Volkswillen“ in Hannover entnehmen: „In Eitelkeit sollte dieser Tage das Meiningen und Heizen der beiden dortigen Schulzimmer in den Forderungen vergeblich werden, wozu sich drei Frauen als Respektantinnen eingefunden hatten. Für die Reinigung der Zimmer, deren Fußböden wöchentlich dreimal feucht aufgenommen werden müssen, wurden zuerst 100 Mk. gefordert, doch ging man herunter bis auf jährlich 24 Mk. Für das Heizen der beiden Räume verlangte man zunächst 50 Mk., um es schließlich für 11 Mk. zu übernehmen. Das ist, wenn man für das Winterhalbjahr 20 Wochen in Anrechnung bringt, ein Tagesverdienst von

etwa 9 Pfennigen. Rechnet man für das Holz zum Heizen der beiden Defen täglich 5 Pf., so bleibt für die Arbeit die horrend Summe von 4 Pf. Mehlisch verhält es sich mit dem Tagelohne beim Reinigen. Reichtümer können bei einem solchen Verdienste jedenfalls nicht erworben werden.“ Wir halten dafür, daß eine solche Submissionsblüte ein Verstoß gegen die guten Sitten (§ 826 B. G.-B.) darstellt, der in diesem Falle noch schwerer wiegt, weil arme Frauen dabei in Betracht kommen.

Die Aussperrung im sächsisch-thüringischen Textilbezirke ist aufgehoben und die Arbeit am gestrigen Tage bebingungslos wieder aufgenommen worden. Die Arbeiter mußten die Bedingungen akzeptieren, die ihnen die Fabrikanten schon vor Wochen boten, und die eine geringe Aufbesserung der Löhne darstellten. Damit ist leider auch die größte Ausperrung des Kampfesjahres 1905 für die Arbeiterchaft verloren gegangen. — Der Streik der Berliner Stuarbeiter hat mit dem Abschluß eines Tarifvertrages vor dem Einigungsamte geendet.

In Paris streifen mehrere Tausend Erdarbeiter. — Die russischen Arbeiter wollen von der Erringung des Achtstundentages auf revolutionärem Wege Abstand nehmen und diese Frage dem baldigst in Moskau zusammentretenden allgemeinen Arbeiterkongresse zur Erledigung überlassen. In Moskau ist neuerdings wieder ein Generalfreik ausgebrochen, außerdem revolutionieren die Bauern und das Militär in Sebastopol und Wladivostok.

## Gingänge.

Deutscher Buch- und Steindruck. Monatlicher Bericht über die graphischen Künste mit der Unterhaltungsbeilage: Graphische Feierstunden. Verlag: Ernst Morgenstern, Berlin W 57. XI. Band (Heft 12) und Band XII, Heft 2.

Schweizer Graphische Mitteilungen. Redaktion und Verlag: Aug. Müller in St. Gallen. 24. Jahrgang. Heft 6. Preis pro Halbjahr (12 Hefte) 4,50 Mk.

Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes. Verlag: Gustav Fischer, Jena. Band IV, Nr. 5 bis 7. Monnment pro Jahr 7,50 Mk.

Musterbuch in Glückwunsch- und Tanzkarten von H. Hofmann, Hof- und Steindruckerei in Darmstadt. Die von ersten Künstlern auf diesem Gebiete entworfenen Originalkarten werden auch als Vorbrude abgegeben und dürften sicher viel Anklang finden.

Arbeitsbuch der Buch- und Steindruckereien in der Schweiz. Zweite Auflage. Verlag Schweizerischer Fachadressbücher; Kommissionsverlag für Deutschland: H. D. Sperling, Stuttgart.

Die wahre Gestalt des Christentums, von Yves Guyot und Eugène Lacroix, übersezt von August Bebel. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis: 50 Pf.

Süddeutscher Postillon. Verlag: M. Ernst in München, Senefelderstr. 4. Nr. 24 des 24. Jahrganges. Preis pro Nummer 10 Pf.

Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung und ihre sozialpolitische Bedeutung. Von Paul Kampffmeyer. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Der Preis für die Broschüre beträgt 1,50 Mark; eine Agitationsausgabe kostet 75 Pf.

Der Arbeiternotizkalender für 1906. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis: 60 Pf.

## Briefkasten.

H. A. in Neumünster: Auch in diesem Zusammenhange von keinem allgemeinen Interesse. — A. S. in Rheidt: Der Gewerbeinspektor kann in diesem Falle nicht einschreiten. — L. in Heide: 1,30 Mk. — G. S. in Ologau: Paul Währe, London N, 18-23 Craven Street, Brunswick Place. — M. M. A. in L.: Anonyme Zuschriften finden keine Beantwortung. — S. in Aachen: 1,55 Mk. — W. in Leipzig: 80 Pf. — E. S. in Rheidt: Wird aufgenommen. Besten Dank! Auch die Form der Einbindung ist tabellos, machen Sie sich also keine Kopfschmerzen.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Odergan. Die vom Gantage beschlossene Neueinteilung tritt mit dem 1. Januar 1906 in Kraft. Die zwölf Bezirke: Stettin-Stadt, Stettin-Land, Straßburg, Neuruppin, Brandenburg, Eberswalde, Potsdam, Spandau, Jossen, Frankfurt a. O., Pottbus und Köslin, werden hiermit unter Hinweis auf § 8 des Gaustatutes aufgeführt, umgehend die Wahl der Bezirksvorstände vorzunehmen und das Resultat dem Gauvorstande mitzuteilen, damit die Verwaltung nicht ins Stocken gerät. Ebenso ist das Resultat den Mitgliedern durch den „Corr.“ bekannt zu geben. Die Liste der zu jedem Bezirke gehörigen Druckorte sowie die Nachträge zum Gaustatut gehen den Mitgliedern in nächster Zeit zu.

**Seide i. Holst.** Der Seher Otto Pabst wird auf-gefordert, umgeben seinen Verpflichtungen dem Kassierer F. Lorenzen gegenüber nachzukommen, andernfalls Aus-schluss beantragt wird.

### Adressveränderungen.

**Odergau.** Vorsitzender: Hof. Kirchner, Stettin, Bäckerweg 19, I; Kassierer: W. Vila, Birkenallee 40, p.  
**Magdeburg.** Maschinensehervereinigung Gau An-der-Saale. Vorsitzender: Wilh. Winter, Magdeburg-N., Ngutenstr. 21; Kassierer: Fern. Rajenberger, Magde-burg-Wilhelmstadt, Wielandstraße 2, I.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In **Buer i. W.** der Drucker Paul Schümmel, geb. in Schönlaub 6. Berlin 1873, ausgel. in Berlin 1901; war schon Mitglied. — In **Essen** die Seher 1. Otto Grüne, geb. in Geestemünde 1883, ausgel. das. 1901; war schon Mitglied; 2. Gerh. Stadthalter, geb. in Vorbed 1887, ausgel. das. 1904; war noch nicht Mit-glied. — In **Gelsenkirchen** die Seher 1. Wilhelm Rahmann, geb. in Hamm i. W. 1887, ausgel. in Högter i. W. 1905; 2. Heinr. Eskes, geb. in Vorghorst 1884, ausgel. in Coesfeld 1902; 3. der Schweizerbe-gen Karl Hane, geb. in Ostbüren 1877, ausgel. in Lina in Weiskalen 1896; 4. der Drucker August Weilhaupt, geb. in Mittenscheid-Effen 1887, ausgel. in Essen 1905; waren noch nicht Mitglieder; 5. der Seher Michael Herr-mann, geb. in Straßburg i. E. 1881, ausgel. das. 1899; war schon Mitglied. — Otto Kraus in Essen, Kastanienallee 92.

In **Danzig** die Seher 1. Alex. Hyczkowski, geb. in Danzig 1887, ausgel. das. 1905; 2. Leo Log, geb. in Danzig 1887, ausgel. das. 1905; 3. Artur Freuß, geb. in Breslau 1887, ausgel. das. 1905; 4. Fritz Wenzel, geb. in Danzig 1887, ausgel. das. 1905; waren noch nicht Mitglieder; 5. Felix Müller, geb. in Danzig 1862, ausgel. das. 1880; war schon Mitglied. — In **Marienwerder** die Schweizerbe-gen 1. Fritz Winjch, geb. in Königsberg 1882, ausgel. in Bischofsberg 1901; 2. Paul Barke, geb. in Schlochau (Westpr.) 1886, ausgel. das. 1904; 3. der Seher Bruno Kapareit, geb. in Br.-Holland 1884, ausgel. das. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — S. M. David in Danzig, Oraben-gasse 9.

In **Düsseldorf** die Seher 1. Heinrich Erbar, geb. in Düsseldorf 1837, ausgel. das. 1905; 2. Wilh. Rohé, geb. in Leipzig 1887, ausgel. in Düsseldorf 1905; 3. Ant. Haas, geb. in Düsseldorf 1886, ausgel. das. 1904; 4. Anton Sperling, geb. in Bingen 1886, ausgel. in Venrath b. Düsseldorf 1904; 5. Heinrich Schramm, geb. in Düsseldorf 1879, ausgel. das. 1896; 6. der Drucker Geerd van Staden, geb. in Emden 1884, ausgel. das. 1902; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 7. Karl Hochstätter, geb. in Köln 1877, ausgel. das. 1895; 8. Franz Drießen, geb. in Kempen 1870, ausgel. das. 1887; waren schon Mitglieder. — In **Neuß** der Seher Heinrich Nießen, geb. in Montjoie 1881, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied. — H. Born in Düsse-l-dorf, Frankfurterstraße 60, I.

In **Duisburg** der Seher Hans Höfer, geb. in Schw.-Gmünd 1885, ausgel. in Meginen (Oberamt Urad) 1902; war noch nicht Mitglied. — In **Wülheim (Ruhr)** der Seher Ferdinand Heilmann, geb. in Elrich am Harz 1887, ausgel. das. 1905; war noch nicht Mit-glied. — M. S. Anweiler in Duisburg, Kufelwall 57, I.

In **Neubrandenburg** der Seher Rudolf Rim-scholz, geb. in Zirzow (Medl.) 1887, ausgel. in Neu-brandenburg 1905; war noch nicht Mitglied. — In **Neu-stadt** der Schweizerbe-gen Rudolf Wendt, geb. in Ham-burg 1886, ausgel. in Neustadt 1905; war noch nicht Mitglied. — Rud. Wolf in Schwerin in Medl., Berg-straße 7.

In **Basel** die Seher 1. Julius Ach, geb. in Bruch 1870, ausgel. in Bruch 1887; war noch nicht Mitglied; 2. Martin Höp, geb. in Trailingen 1870, ausgel. in Münsingen (Württemberg) 1887; war schon Mitglied des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. — Ernst Blaser in Bern, Schiffstraße 36.

### Arbeitslosenunterstützung.

**Hauptverwaltung.** Der Vorstand der ungarischen Buchdruckerorganisation erucht uns um Veröffentlichung nachstehender Zeilen:

Es kommt wiederholt vor, daß aus Ungarn ab-reisende Mitglieder, wenn sie auch keine Mitglieder des Fachvereins sind, im Auslande Bistikum erhalten und somit als Verbandsmitglieder anerkannt werden, während es in den Gegenseitigkeitsverträgen doch heißt, daß die Mitgliedschaft beider Vereine erforderlich ist. Bekommt der Betreffende einmal Bistikum, dann hat er gewonnenes Spiel. Der Reisende muß nebst der Verbandslegitimation auch die gelbe Legitimation des

Fachvereins (ungarisch, deutsch, französisch) vorweisen können; wenn nicht, so ist er abzuweisen.

Wenngleich obiger Satz: „daß die Mitgliedschaft beider Vereine erforderlich ist“, nicht im Gegenseitigkeitsverträge steht, ersuchen wir doch die Herren Reiseleiterverwalter, dem Wunsche der ungarischen Organisation nachzukommen und nur diejenigen ungarischen Kollegen als vollberech-tigte gegenseitige Mitglieder anzuerkennen und Unter-stützung zu zahlen, welche sich mit Quittungsbuch und der gelben Legitimation der Fachorganisation ausweisen können.

— Dem Seher Hermann Schüriz aus Starzeddel (Hauptbuchnummer 40250) wollen die Herren Verwalter die Reiselegitimation abnehmen und einen diesbezüglichen Vermerk in das Quittungsbuch machen. Es hat eine ihm nachgewiesene tarifmäßige Kondition nicht angenommen, trotzdem er bereits seit sechs Monaten ohne Arbeit ist.

### Versammlungskalender.

**Brig.** Versammlung Sonnabend den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal „Zur grünen Linde“.  
**Burg** 6. M. Versammlung Sonnabend den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal Chemnitz, Restaurant, Schartaufstraße 4.  
**Chemnitz.** Maschinenmeisterversammlung am 2. De-zember, abends 7 1/2 Uhr, im Café Seifert's, Weienstraße.  
**Danzig.** Maschinenmeisterversammlung Sonntag den 3. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Wolters, Höpstraße 23.  
**Düsseldorf.** Bezirksvorstandssitzung Montag den 4. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Brig Leos-pold“, Ede Heinestraße.  
**Fürth.** Versammlung Samstag den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.  
**Limburg (Lahn).** Versammlung Sonntag den 3. Dezem-ber, vormittags 10 Uhr, bei Hoss, Frankfurter Vorstadt.  
**Lübeck.** Versammlung Sonnabend den 2. Dezember, abends 9 1/2 Uhr, im „Goldenen Apfel“, Schmiedestr. 1.  
**München.** Vertrauensmannerversammlung Sonntag den 3. Dezember, vormittags 9 Uhr, im 2. Stock der „Zentralhalle“.  
— Mitgliederversammlung Sonntag den 3. Dezem-ber, vormittags 10 Uhr, im 2. Stock der „Zentralhalle“.  
**Offenbach a. M.** Versammlung Sonntag den 3. Dezem-ber, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Birgel im Restaurant „Zur Post“.  
**Wormheim.** Versammlung Samstag den 2. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im „Freiwillig“.  
**Wetzlar.** Versammlung Sonnabend den 2. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal (Kopmann).  
**Stettin.** Maschinenseherversammlung Sonntag den 3. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Greif“ (Sgel).  
**Zwickau.** Vorstandssitzung Sonnabend den 2. Dezember, abends punkt 8 Uhr; 7 1/2 Uhr Mitgliedschaftsver-sammlung im Vereinslokal.

### Überall dort

wie ich noch nicht vertreten bin, luche ich ge-eignete Kollegen für den Betrieb meines Wer-lagswerkes „Das Goldene Buch der Lebens-weisheit“ als wie für die Artikel meiner Kun-stantik, b. f. Wandtafel mit Gutenberg und Wappen, Porträts in Email, Holz, Steinmaße, Schmuckstücke mit Fassungen usw. Kon-ferenzen! Entwerfen neue Erfindungen! Feinste Referenzen! Max Schmitz, Verlags-u. Ver-kaufsbuchhandlung, Photogr. Kunst- u. Repro-duktionsanstalt, Leipzig, Bl. 90.

Für das Bureau einer sozialdemokratischen Huchdruckerei ein **kaufmännisch gebildeter Mann** mit flotter Handschrift, der schon in einer Druckerei tätig war, zum sofortigen Ein-tritte gesucht. Werte Offerten unter Nr. 199 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

### Tüchtiger Akzidenzseher

findet sofort dauernde und angenehme Stel-lung. [196]  
Johann Winter, Buchdr., Sebnitz i. S.

### Akzidenzseher

tüchtig im Entwurf und Kompletten-schnitt, für selbständige, dauernde Stellung in Mittelstadt Deutschlands per Mitte De-zember gesucht. A. v. E. Herten mit selbst gefertigten Mustern erbeten, sub O. E. 187 an die Geschäftsstelle d. Bl. Verheiratete, die Lebensstellung suchen, werden bevorzugt.

### Tücht. solider Akzidenzseher

flott im Betrieb mit dem Bistikum, Beschäftig Lokalberichte zu schreiben und in Akquisition bewandert, zur selbständigen Übernahme eines wöchentl. einmal erscheinenden Interests-blattes (Sonntagsanzeiger) gesucht. (Wayer. Patz.) Kleine Kauion erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Für streb. Seher gute Position! W. Dff. bei. die Geschäftsst. d. Bl. u. Nr. 207.

### Tüchtige Schriftsetzer

für Kompletz und Handmaschinen gesucht. F. John Söhne, Schriftsetzer, Hamburg.

### In Schriftsetzerei sucht tüchtiger

### Stempelschneider und Graveur

baldigst passende Stellung. Antritt sechs Wochen nach erfolgtem Engagement. Werte Zuschriften unter J. W. 6003 an Rudolf Mosse, Berlin SW, erbeten. [202]

### Gesucht

tüchtiger **Setzer**. [145]  
Schriftsetzer Otto Weiser, Stuttgart.

**!! Schutz-Rittel für Setzer, 110 u. 120 cm lang; Rogatta, Ia, 2,50 u. 2,75 Mk.; Nessel 2,75 und 3 Mk.; Köper 3,00 und 3,25 Mk. [211]**  
**!! Schutz-Anzüge f. Masch.-Mstr., H-Tuch 3,50 Mk.; H-Leinen 4 Mk.; Köper 5 Mk.; Pilot 5,50 Mk.; Pilot extra 6,75 Mk. — Kataloge fr.**

## Brandenburgischer Maschinensetzer-Verein

### Sitz Berlin.

Sonntag den 3. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Restaurant Augustin, Oranien-straße 108, Hof, vis-a-vis der Reichsdruckerei, nahe der Lindenstraße:

### Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Vortrag des Kollegen Dörner: Leipzig: Die Monotypie; 3. Kongreß; 4. Renaissances; 5. Berichtedenes.

Von 7 Uhr ab: **Abendunterhaltung** mit Damen.

Es ist Pflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen, da das Vortragsmaterial in technischer wie tariflicher Hinsicht sehr interessant ist und viel Neues bietet. **Der Vorstand.** [200]

### Wichtige Artikel über die Farbe und über praktische

**Farbenharmonie** enthalten die letzten Hefte der „Typographischen Jahrbücher“. Ein an-erkannt tüchtiger Buchdrucker schreibt darüber dem Herausgeber: „Ich habe noch nie so instruktive Artikel über das Thema gelesen; hätten wir Alten es doch auch so gut gehabt wie die jetzige Generation“. Wir können Setzern und Druckern, welche mit der Zeit fortschreiten wollen, nichts Geeigneteres empfehlen wie das Abonnement auf die „Typographischen Jahrbücher“. Jede Buchhandlung nimmt Bestellungen an! [195]

### Tüchtiger Akzidenzseher

selbständiger Arbeiter, sucht in Leipzig Stellung. Werte Offerten unter „Dauernd“ Leipzig, Turmeistr. 19, Hof part. rechts, erb.

**Katalogmaschinenmeisterstelle** [198]  
befehlt. Bewerber besten Dank!  
Gerisch & Co., Ludwigshafen a. Rh.

### ausägerei

**Kerbschnitzerei, Holzbrand-malerei** liefert am billigsten sämtl. Werkz., Vorl., Holz usw.  
**J. Brendel, Maxdorf 58, Pfalz.**  
Reichhaltiger über 2000 Abbildg. geg. 40 Pf. in Briefm. frko.  
o o **Laubsägeholz** per qm von 1 Mk. an.

Den jungen Kollegen besonders zu empfehlen:

### Anhang zum Parise

von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis pro Exemplar 10 Pf.

Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. Im Worto wolle man den Verkaufsstellen außerdem noch bis zu 6 Stück 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. beilegen.

### Stuttgarter graph. Versandhaus.

**Theodor Leibis,** jetzt Rotenbühlstrasse 49 b, empfiehlt: Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Scheren, Zurechtmesser, 6farb Bier-u. Weinzipfel, Kravattenmadeln, Broschen, Manschettenknöpfe, Bierkrüge, Pokale, Schnupftabaksdosen, Feuerzeuge. Illustr. Preisliste gratis u. franko.

### Fest- und Vereins-Abzeichen

in fünf Farben.  
17 verschiedene Formen v. 10 Pf. bis 1,15 Mk.  
Sehr beliebt sind:  
Nr. 13 à 10 Pf., Nr. 10 (mit Wappennadel) à 60 Pf. [208]

### Graphische Verlags-Anstalt

**P. Goldschmidt, Halle a. S.**  
Königstrasse 58 (nur 10 Min. von Hauptbahnhofe).  
Graph. Anzöger gratis und franko.

### Frauenvereine Stettiner

Buchdrucker.  
Die Adresse unseres Redaktors Dr. Blittgenver lautet jetzt: Berlingerstr. 12, II.

**M. Jahn, Leipzig-R., !!**  
Täubchenweg 16. !!

### Dresden Buchdruck-Masch.-Verein Dresden

Sonntag den 3. Dezember, vorm. 11 Uhr:

### Monatsversammlung

im Vereinslokal. [190]  
Wichtige Tagesordnung. **Der Vorstand.**

Anträge zur Generalversammlung, welche am 7. Januar 1906 abgehalten wird, müssen bis spätestens Sonnabend den 23. Dechr. d. J. an den Vorsitzenden **Ab. Lehmann**, Terrassen-ufer 6, II, schriftlich eingekandt werden.

Mitglieder, welche mehr als zwei Monats-beiträge restieren, werden ersucht, selbige beim Kassieren **Herrn Horn**, Schmiedegäßchen 2, III, abzugeben, andernfalls sie namentlich auf der Restantenliste des Geschäftsberichtes ver-zeichnet werden. [190]

### Verlag von Julius Mäser in Leipzig-R.

**Der Maschinenmeister an der Tiegeldruckpresse.** 3 Mk.  
**Der Maschinenmeister an der Schnellpresse.** 3 Mk.  
**Die Lehre vom Akzidenzsetzer.** 10 Mk.  
**Der Lehrgang des Buchdruckers in Fragen und Antworten für die Lehrlings- und Gehilfenprüfungen.** 2 Bände à 2,50 Mk.  
**Ratgeber für Zeitungsexpeditionen.** 4 Mk.  
**Mäasers Inseratbuch für Zeitschriften.** 4,50 Mk.  
**Minimal-Druckpreise-Tarif** für das deutsche Buchdruckgewerbe nebst Bestimmungen über das Zeitungswesen. 3 Mk. [194]  
**Kommentar zum Minimal-Druckpreise-Tarif** mit etwa 125 Druckmustern. Höchst wert-voll beim Kalkulieren von Drucksachen. 20 Mk.

Die glückliche Geburt eines kräftigen **Knaben** zeigt hoch erfreut an **Die Mitgliedschaft Marzlog.** [204]

Die Seher **Franz Goldmann** aus Bredow und **Karl Bahke** aus Lüchow werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Verbandsvereine in **Nach** nach-zukommen, widrigenfalls andere Schritte unternommen werden. [205]

Bitte um Adresse des Stereotypens Walthers **Reiter** aus Stettin in Leipzig. Porto m. verg. **H. Berner, F. A. Brodhahn, Leipzig, Dierstr.**

Diejenigen Kollegen, welche den angestrich-tenen Antragsform des Invertragsbüchlers **Dr. C. Davenport** wissen, bitte höchst un-terlassen die Adresse. [197]

**F. Lorenzen, Seide i. Holst.**

In postalkalischen Schwierigkeiten und dem Be-ginnen zu gehen, wolle man alle für den Corr. be-stimmten Geldsendungen nicht an die Geschäfts-stelle oder Graph. dition des Corr., sondern an **Konrad Eichler** adressieren.